

Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW

Völklinger Str. 49
40221 Düsseldorf

Der Vorstand

Postfach 100352
47003 Duisburg

Bielefeld, 09.02.2017

Stellungnahme zu den Kernlehrplänen Politik/ökonomische Grundbildung sowie Sozialwissenschaften

Verfasser: Prof. Dr. Bettina Zurstrassen (Vorsitzende DVPB NW,
Universität Bielefeld), Prof. Dr. Reinhold Hedtke (Universität Biele-
feld, Mitglied im Bundesvorstand der DVPB), Prof. Dr. Birgit Weber
(Universität zu Köln)

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie eine Stellungnahme der DVPB NW zu den bei-
den Kernlehrplänen für den Wahlpflichtbereich an Realschulen
„Sozialwissenschaften“ und „Politik/ökonomische Grundbildung“.
Die Verfasser stehen für Nachfragen gerne zur Verfügung.

NRW bricht mit Tradition eines integrierten sozialwissen- schaftlichen Wahlpflichtfaches an Realschulen

Mit der beabsichtigten Einführung der Fachrichtungen „Sozialwis-
senschaften“ und „Politik/ökonomische Grundbildung“ soll der
Lehrplan Wahlpflichtfach Sozialwissenschaften von 1994 abgelöst
werden. Dies, obwohl der Lehrplan als herausragendes Beispiel
für eine gelungene sozialwissenschaftliche Integration bundesweit
angesehen werden kann, das auch (fachfremden) Lehrkräften
eine angemessene Orientierung bietet, die Integration handhabbar
organisiert und Problem-, Handlungs- und Wissenschaftsorientie-
rung vorbildlich vereint. Dieser Plan wäre leicht zu aktualisieren
gewesen und auf eine - dem Plan schon implizit zugrundeliegende
- Kompetenzorientierung auszurichten. Bereits dieser Lehrplan bot
die Möglichkeit, eine ökonomische oder soziologische Schwer-
punktsetzung vorzunehmen.

Steuernummer:

109/5849/0584
Finanzamt Duisburg-Süd

Bankverbindung:

dvpb-nw e.v.
Stadtsparkasse Duisburg
DE29 3505 0000 0231 0013 48
DUISDE33XXX

Beirat:

*Prof. Dr. Sibylle Reinhardt Uni-
versität Halle a.d.S.
Maria Springenberg-Eich Lan-
deszentrale pol. Bildung NRW
Prof. Dr. Helmut Bremer Universi-
tät Duisburg/Essen
Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer
Universität Bielefeld
Michael Hirz
Programmdirektor Phoenix*

Die DVPB-NW fordert die Weiterführung eines aktualisierten Lehrplans „Sozialwissenschaften“.

Die Fächerbezeichnungen „Sozialwissenschaften“ bzw. „Politik/ökonomische Bildung“ können nicht anders wahrgenommen werden als eine Art von Etikettenschwindel. Während im Kernlehrplan „Sozialwissenschaften“ die ökonomische Dimension vernachlässigt wird, vernachlässigt der Kernlehrplan „Politik/ökonomische Grundbildung“ nicht nur gänzlich die gesellschaftliche Dimension, sondern reduziert Politik auf „Wirtschaftspolitik“. Die in der Präambel definierte Zielsetzung des Wahlpflichtfachs „Politik/ökonomische Grundbildung“, wonach das Fach „zu einem vertieften Verständnis von wirtschaftlichem Handeln und Marktgeschehen sowie deren Wechselwirkungen mit Politik und Gesellschaft“ beitragen soll (S. 8) wird nicht erfüllt. Es besteht insgesamt eine deutliche Diskrepanz zwischen der Präambel und den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der Kernlehrpläne der beiden Wahlpflichtfächer.

Die Fachbezeichnung „Politik/ökonomische Grundbildung“ suggeriert, dass die Schülerinnen und Schüler eine umfassende politische Bildung erfahren, aber nur Grundlagen der ökonomischen Bildung. Der Bildungsplan beschreibt aber im Schwerpunkt ein ökonomisches Bildungsprofil. Bereits der Begriff „ökonomische Grundbildung“ wird weitere Forderungen von Separatfachbefürwortern eines Unterrichtsfachs „Wirtschaft“ evozieren. Während in der fachwissenschaftlichen und in der fachdidaktischen Diskussion – auch in organisierter Form wie der Gesellschaft für sozio*ökonomische Bildung und Wissenschaft – die gesellschaftliche Dimension des Wirtschaftens bzw. ökonomisch geprägter Lebenssituationen zunehmend berücksichtigt wird, steht der vorliegende Lehrplan „Politik/ökonomische Grundbildung“ für einen Rückschritt hin zu monodisziplinären Betrachtungsweisen gesellschaftlicher Probleme.

Fehlende Abstimmung der Kernlehrpläne

Die Kernlehrpläne Politik (2012), WPF Sozialwissenschaften (Entwurf 2017) sowie WPF Politik/ökonomische Grundbildung (Entwurf 2017) sind nicht untereinander abgestimmt (siehe angefügte Synopse), auch fehlt ein systematisch herausgearbeitetes Profil der WPF-LP, das die Leitideen und die unterschiedlichen Bildungsansprüche der beiden neuen Fächer für Lernende und Lehrende transparent macht.

Beispiele:

- Warum findet man die ökonomisch so hoch relevanten technischen Innovationen nicht im WPF P/ÖG, sondern nur im WPF Sowi?
- Wie kann es sein, dass man in WPF-LP Sowi das für die Jugendlichen so zentrale Feld Arbeit/Arbeitswelt einfach weglässt?
- Wo liegt der systematische, sinnvolle und nachvollziehbare Unterschied zwischen Globalisierung in WPF-LP Sowi und Internationale Wirtschaftsbeziehungen in WPF-P/ÖG?
- Die beiden WPF-LP müssen zudem systematisch an das Lernen im Pflichtfach Politik anschließen, das bereits in der 5./6. Jahrgangsstufe beginnt, um die dortigen Inhaltsfelder zu vertiefen, zu erweitern und zu ergänzen.

Aus fachlicher Perspektive möchten wir wenigstens auf die folgenden Aspekte hinweisen:

- a) Es gibt fachwissenschaftlich betrachtet keine "Überwindung von Knappheiten" (WFP P/ÖG, S. 19).
- b) Es ist wissenschaftlich nicht vertretbar, nur vollkommene Märkte und drei Marktformen zu behandeln, ohne auf die zahlreichen und hoch relevanten Unvollkommenheiten von Märkten einzugehen (WFP P/ÖG S. 19).
- c) Kriterien für den Standort: zentrale Kriterien wie "Marktnähe" und "Steuerminimierung" fehlen.
- d) Einseitigkeit: Interessenvertretungen haben vor allem "Rechte", nicht nur – wie im Lehrplan unterstellt – "Aufgaben" (WFP P/ÖG, S 20).
- e) In Betrieben und Unternehmen geht es in erster Linie um das gesetzlich verankerte Recht Mitbestimmung und seine Ausübung, nur in zweiter Linie um die schwachen Formen von Mitgestaltung (WFP P/ÖG, S. 20).
- f) In der Wirtschaft selbst liegt der zentrale Ursachenkomplex für soziale Ungleichheit. Es ist eine weitgehend unbestrittene Folge von Märkten, dass sie die Ungleichheit verschärfen. Warum wird diese für unsere Gesellschaften und deren Integrationskraft seit langem brennende Problematik – für die es natürlich kontroverse Bewertungen und Lösungsvorschläge gibt – im WFP LP Politik/ökonomische Grundbildung völlig ausgeblendet?

Wahlmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler?

Nicht transparent ist, ob die Schülerinnen und Schüler zwischen den beiden Schwerpunktsetzungen an den einzelnen Schulen eine Wahlmöglichkeit haben. Sollte nur ein Schwerpunkt an Schulen angeboten werden, besteht die Problematik, dass der Schwerpunkt „Sozialwissenschaften“ nur formal besteht, weil die Schulen sich mit einem Angebot „Politik/ökonomische Grundbildung“ bessere Chancen der Kooperation, sprich finanziellen Unterstützung von und mit Unternehmen versprechen. Die bereits sehr weit fortgeschrittene Ökonomisierung und Lobbybeeinflussung an Schulen wird dann weiter befördert.

Keine Begründung und kein Grund für die Privilegierung des ökonomischen Lernbereichs

Eine inhaltliche Begründung, weshalb es einen „ökonomischen“ Schwerpunkt geben soll, nicht aber einen „politischen“ oder „soziologischen“ Schwerpunkt lassen die Bildungspläne offen.

Angesichts der aktuellen politischen Situation in NRW, in Deutschland, in Europa und weltweit ist diese Abwertung des politischen und gesellschaftlichen Teilbereiches politisch nicht nachvollziehbar und unvertretbar. Während die Zustimmungswerte zu Demokratie zurückgehen, rechter Populismus und Extremismus an Zustimmung gewinnen, Menschenrechte in Frage gestellt werden, Klimaschutzforschung und errungene Umweltschutzstandards in manchen Staaten abgewickelt werden, wird von einer rot-grünen Landesregierung die politische und gesellschaftliche Bildung in diesen beiden Lehrplänen abgewertet, weil diese die zentralen Problemlagen, mit denen die Jugendlichen als Bürgerinnen und Bürger jetzt und zukünftig konfrontiert sind, nicht oder nur unzureichend aufgreifen.

Während die Komplexität und Vernetztheit globaler Probleme und gesellschaftlicher Herausforderungen zunehmend realisiert wird, bricht die Landesregierung – ohne Not – mit der Tradition des Unterrichtsfaches „Sozialwissenschaften“, das diese Komplexität für den Unterricht organisiert und handhabbar macht und die notwendige Fähigkeit zur integrativen Analyse gesellschaftlicher Probleme und Lebenssituationen fördert.

In einer aktuellen Studie des Kinderhilfswerks haben sich 89% der befragten Erwachsenen sich für eine Stärkung der politischen Bildung ausgesprochen¹.

Mit der Preisgabe des didaktischen Konzepts einer „integrativen Sozialwissenschaft“ an der Realschule wickelt NRW ein sehr innovatives Fachkonzept für die Sekundarstufe I ab, das eine bildungspolitische und bildungspraktische Vorbildfunktion hatte und hat.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bettina Zurstrassen, Vorsitzende DVPB NW

¹ <https://www.dkhw.de/presse/schlagzeilen-archiv/schlagzeilen-details/kinderreport-2017-des-deutschen-kinderhilfswerkes-demokratieforderung-von-kindern-und-jugendlichen/>.